

Haushaltssperre zum Osterfest

Die Berliner Woche titelt heute in den Ausgaben Tempelhof und Schöneberg: „Ein Hauch von Athen“ und meint damit die Finanzlage des Bezirks. Die griechische Hauptstadt ist von Berlin 1.800 km Luftlinie und 2.350 km Wegstrecke entfernt. Rund 25 Stunden bräuchte man mit dem Auto dorthin. Selbst in dieser Zeit wäre es kaum möglich, das Berliner Finanzsystem zu begreifen. Da ist von Budgetierung und Basiskorrektur die Rede, da werden Mengen geschrieben, für die es Verrechnungen gibt, und so weiter. Dass Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD) Tempelhof-Schöneberg zum Pleitebezirk macht, wie die CDU behauptet, hält einer Überprüfung ebenso wenig stand wie der Vergleich mit griechischen Verhältnissen.

Haushaltspläne sind schon längst nichts mehr als Absichtserklärungen. Da stehen viele schöne Zahlen drin, wie jedoch am Ende des Jahres die Bilanz aussieht, ist vorher nicht abzusehen. Denn, jetzt kommt wieder eines meiner Lieblingsbegriffe, Mengen können nur von Mitarbeitern geschrieben werden, die vorhanden sind. Und Angebotsstunden, beispielsweise in Jugendfreizeiteinrichtungen, können nur in Räumen anfallen, die tatsächlich zur Verfügung stehen. Wird in einer Einrichtung nach 50 Jahren ein Raum im zweiten Oberschoss geschlossen, weil dort keine Feuertreppe zur Verfügung steht, kann der Raum nicht mehr genutzt werden. Und wenn nicht irgendwoher das Geld für diese Sicherheitsmaßnahme kommt, auch wenn sie ein halbes Jahrhundert nicht erforderlich war, bleibt der Raum bei der Erfassung der Angebotsstunden außen vor.

Berlin, und erst recht nicht die Bezirke, sind keine Unternehmen im klassischen Sinne mit kaufmännischer Buchführung. Tempelhof-Schöneberg hat über viele Jahre Überschüsse erwirtschaftet. In das Jahr 2014 startete der Bezirk mit einem Überschuss aus den Vorjahren in Höhe von zwölf Millionen Euro. Der Jahresabschluss 2014 weist ein Defizit von neun Millionen Euro aus. Es bleibt also ein Rest in Höhe von drei Millionen Euro. Ein Unternehmen, das drei Millionen Euro hat, kann man nicht wirklich als pleite bezeichnen. Pleitebezirk, Rote Laterne, ja, die Be-

zirks-CDU wird ihrer „Oppositionsrolle“ gerecht. Draufhauen macht ja auch Spaß, zumal, wenn man stärkste Partei ist, aber vom „Regieren“ ausgeschlossen wird, weil sich SPD und Grüne zu einer Zählgemeinschaft zusammengeschlossen haben.

Zählgemeinschaften sind keine Koalitionen

Gestatten Sie bitte an dieser Stelle einen kurzen Einschub, der leider immer wieder nötig ist, obwohl alle Bezirkspolitiker das wissen, aber gern ignorieren. Ein Berliner Bezirksamt, das 340.000 Einwohner verwaltet, ist weit davon entfernt, die Kompetenzen bei der Finanzverwaltung zu haben, wie beispielsweise die Stadt Oranienburg mit ihren 42.000 Einwohnern. Die 36 Stadtverordneten Oranienburgs können im Gegensatz zu den 55 Bezirksverordneten von Tempelhof-Schöneberg weitreichende Entscheidungen für ihre Stadt treffen. Im Bezirk kann man ja nicht einmal eine neue Lichtzeichenanlage (Ampel) installieren.

Die Bezirke sind Teil der Berliner Verwaltung, nicht mehr und nicht weniger. Ein politisches Bezirksamt gibt es nicht. Die fünf Bezirksamtsmitglieder verteilen sich nach der prozentualen Stärke auf die Parteien. Das Bezirksamt handelt nach außen geschlossen. Zählgemeinschaften, die zwischen Parteien vereinbart werden können, haben allein den Zweck, den Bürgermeister zu wählen und die Ressorts aufzuteilen. Wer zur Zählgemeinschaft gehört, darf zuerst zugreifen, die anderen bekommen den Rest. Danach hat die Zählgemeinschaft ihre Rolle verloren, denn „die Stimmenzuführung bei der Wahl führt nicht zu einer Koalition. Die dadurch gewählten Vertreter sind also nach der Wahl keinen gemeinsamen Verträgen verpflichtet.“ (wikipedia)

SPD und Grüne stimmen häufig gemeinsam, es gab aber auch immer wieder Fälle, da haben – vor allem die Grünen – auch mit der CDU gestimmt, eher seltener die SPD mit der CDU. In Tempelhof-Schöneberg würde einiges besser voran gehen, wenn sich vor allem die SPD darüber im Klaren wäre, dass sie sich in keiner Koalition mit den Grünen befindet.

Zurück zu den Finanzen:

Bürgermeisterin Schöttler sieht die Finanzsituation ihres Bezirks bei weitem nicht so problematisch wie die CDU und weiß dabei ihre eigene Fraktion und die Grünen hinter sich. „Tempelhof-Schöneberg

war der Bezirk mit dem geringsten Personalanteil mit der Prognose, dass weiter abgebaut werden muss, und die Gebäude wiesen einen sehr hohen Sanierungsbedarf auf, die ersten Schließungen waren absehbar“, sagt Frau Schöttler.

„Wir hatten schon damals große Haushaltsüberschüsse (fast 18 Millionen Euro), die dann in den ersten Jahren meiner Amtszeit noch angestiegen sind (24 Millionen Euro). Der Anstieg begründete sich durch fehlende Investitionen und nicht eingestelltes also fehlendes Personal und damit fehlende Mengen für die Kosten-Leistungs-Rechnung. Tempelhof-Schöneberg war der Bezirk in Berlin mit dem geringsten Personal bezogen auf die Einwohneranzahl. Der aufgestellte Haushalt konnte nur funktionieren, wenn kontinuierlich die Überschüsse erhöht also folglich versprochene Investitionen nicht getätigt und versprochene Angebote (Personal) nicht realisiert werden. Das ist das Modell, das die CDU weiterhin favorisiert. Zunächst alles versprechen, dann nichts erfüllen und sich über die Überschüsse freuen, aber verschweigen, dass die Globalsumme des Bezirks dann wieder kleiner wird weil die Mengen fehlen. Das kann Niemand, der solide Haushaltspolitik für den Bezirk macht, wollen und schon gar nicht als Erfolg verkaufen“, kontert Angelika Schöttler.

„Seit drei Jahren werbe ich für ein komplettes Umdenken im Bezirk. Wir müssen mehr Mengen erbringen und gleichzeitig die Ausgaben senken ohne Angebote einzustellen. Dazu muss investiert werden in die bessere Ausnutzung von Bürodienst- und Fachgebäude und in das Personal. Und das muss auch wirklich umgesetzt und bezahlt werden, denn nur dann wird es langfristige Folgen haben. Die ersten Weichen sind gestellt und werden umgesetzt. Aber auch dies kostet Zeit und damit Geld.“

„In der vorigen Wahlperiode mussten Bereiche, die negative Ergebnisse aufweisen, wie zur Zeit z.B. die Bibliotheken und die Jugendarbeit und die Schulen, immer Angebote einstellen, um die Finanzbilanz des Bezirkes kurzfristig zu verbessern (d.h. die Überschüsse zu ermöglichen). Auch hier geht der Bezirk neue Wege. Nicht durch Einsparen und damit Wegfall von Angeboten sondern im Gegenteil durch mehr und teilweise auch preiswertere Mengen und damit mehr Anspruch auf Finanzmittel bei der Haushaltsaufstellung in zwei Jahren, soll das Budget des Bezirks langfristig gestärkt werden. Aber auch Veränderung bei bestehenden Angeboten ist ein dickes

Brett, das gebohrt werden will. Der bereits seit Jahren tagende Unterausschuss Bibliotheken und die harten Verhandlungen innerhalb des Jugendamtes machen dies deutlich. Für die Jugendarbeit und die Schulen soll zudem beim landesweiten Finanzierungssystem durch Veränderungen eine Verbesserung für den Bezirk erzielt werden.“

Dass einige Bezirke Überschüsse erzielten, ist natürlich auch dem Finanzsenator aufgefallen. Wenn dieser nun in den Zuweisungen Korrekturen vornimmt, um die Überschüsse zu minimieren, ist das kontraproduktiv, weil jeder Reiz, positiv abzuschließen, entfällt. Andererseits muss kein Bezirk darauf schießen, Überschüsse zu erwirtschaften. Das vorhandene Geld soll sinnvoll für die Bürger eingesetzt werden, vor allem durch Personal in den Brennpunkten.

Dass nun eine Haushaltssperre erforderlich ist, erschließt sich einem nicht auf Anhieb. Haushaltssperren sind Notbremsen. So schlimm ist es doch aber gar nicht, um den Rettungsanker werfen zu müssen. Zumal eine Haushaltssperre unter Umständen das verhindert, was die Bürgermeisterin will, nämlich neues Personal einzustellen, das dann die erforderlichen Mengen zur Refinanzierung erbringt. Geschlossene Verträge, laufende Personalkosten und begonnene Projekte fallen ohnehin nicht unter die Haushaltssperre.

Dazu kann man im Rundschreiben zur Haushaltssperre an alle Bereiche nachlesen: „Über Ausnahmen im Einzelfall bei anstehender Stellenbesetzung entscheidet die Bezirksbürgermeisterin.“ Dazu Angelika Schöttler: „Natürlich wird es keinen Stillstand geben. Aber auch die Stellenbesetzungen müssen sich hinterfragen lassen.“

Ob der Bezirk nicht auf einen ganz wesentlichen Punkt hätte verzichten können, der Millionenbeträge verschlingt, muss an der Stelle auch einmal gefragt werden. Gegenwärtig befindet sich das halbe Bezirksamt im Umzugswahn. Das Rathaus Friedenau soll bis Jahresende geräumt sein. Die Mitarbeiter des Jugendamtes wandern dann durch den Bezirk, ins Rathaus Schöneberg und ins ehemalige Gesundheitsamt an der Rathausstraße. Das komplette Schulamt, einschließlich Stadträtin, soll in die Alarichstraße umziehen, damit im Rathaus Schöneberg umgebaut werden kann. Rund 400.000 Euro Miete kostet das angemietete Gebäude in der Alarichstraße jährlich. Dafür hat man das eigene Rathaus Frie-

denau an den Senat abgegeben und zahlt nunmehr dort Miete.

Die Pläne, welcher Mitarbeiter wohin umziehen soll, haben sich zwischenzeitlich immer wieder geändert. Allein eineinhalb Jahre haben sich die Baumaßnahmen im Rathaus Schöneberg schon verzögert. Die ganze Umzugsgeschichte ist für alle Beteiligten schwerer zu ertragen, als die Frage, ob der Bezirk zwölf oder drei Millionen Euro Reserve hat. Durch die jetzige Haushaltssperre erhalten die Beschäftigten in diesem Jahr keine Ostereier geschenkt. Sie werden es verkraften, denn die gab es ohne Haushaltssperre auch nicht.

Ed Koch